



Forderung nach Verzicht auf Reform des Versammlungsgesetzes zielt in die falsche Richtung

RECHTE NATIONALSTAAT
RECHTE.COM

Die Aufregung war groß, nachdem Ende Juni eine Demonstration von Kritikern des geplanten neuen Versammlungsgesetzes in Düsseldorf aus dem Ruder gelaufen ist. Weil es zuvor wiederholt zu Angriffen auf die vor Ort eingesetzten Kräfte gekommen war, hatte die Einsatzleitung der Polizei entschieden, gegen die Teilnehmer des Schwarzen Blocks, von dem die Gewalt ausgegangen war, vorzugehen und ihn von einer weiteren Teilnahme an der Demonstration auszuschließen. Andere Demonstrationsteilnehmer solidarisierten sich daraufhin mit den von der Polizei umstellten Autonomen. Es kam zu Rangeleien und dem Einsatz von Pfefferspray. Kurzfristig geriet sogar ein Journalist zwischen die Fronten. Erst nach Stunden löste sich die Situation endgültig auf.

Für die beiden Oppositionsparteien SPD und Grüne war der Vorfall ein Indiz dafür, dass das neue Versammlungsgesetz von NRW, gegen das sich die Demonstration gerichtet hatte, zu einer massiven Einschränkung der Demonstrationsfreiheit führen würde. Sie sahen zudem die Menschenwürde der Demonstrationsteilnehmer verletzt, weil es der Polizei nicht gelungen war, die eingeschlossenen Demonstranten rechtzeitig mit Wasser und mit Toiletten zu versorgen. In einer Aktuellen Stunde im Landtag forderten sie die Landesregierung deshalb dazu auf, ganz auf die Gesetzesreform zu verzichten.

Die GdP hat den Gesetzentwurf dagegen grundsätzlich begrüßt. Anders als von





Ein breiter politischer Konsens wäre für die Demokratie besser



Versammlungsgesetze werden nicht für eine Legislaturperiode gemacht. Soll das neue Versammlungsgesetz von NRW Bestand haben, wäre Innenminister Herbert Reul deshalb klug beraten, in der Sache noch einmal auf die beiden Oppositionsparteien SPD und Grüne zuzugehen. Nicht um ihnen in ihrer überzogenen Pauschalkritik am Gesetzentwurf, den sie nach der aus dem Ruder gelaufenen Demonstration gegen den Gesetzentwurf in Düsseldorf angestimmt haben, Recht zu geben, sondern um in der Sache auszuloten, was gemeinsam geht.

Schon einmal, bei der Reform des Polizeigesetzes vor drei Jahren, ist Reul das gelungen. Ob das auch diesmal klappt, ist allerdings fraglich. Zu sehr haben alle Parteien inzwischen auf Wahlkampf umgeschaltet. Erst für den Bund, dann für den Landtag. Trotzdem: Wer den Gesetzentwurf der SPD neben den der Landesregierung legt, wird feststellen, es gibt zumindest

Schnittstellen. Und die sind größer, als der öffentliche Streit vermuten lässt.

Wer sich als Politiker in Wahlkampfzeiten auf einen Kompromiss einlässt, muss Mut beweisen. Vor allem gegenüber den Kritikern in den eigenen Reihen. Aber zwei Beobachtungen der letzten Wochen deuten darauf hin, dass dieser Weg zumindest nicht ganz verbaut ist. Zum einen die Aussage führender Vertreter von CDU und FDP, dass ein Gesetzentwurf den Landtag nie so verlässt, wie er hineingekommen ist. Zum anderen das beredte Schweigen von SPD und Grünen nach dem hitzigen Schlagabtausch über die Düsseldorfer Demo im Landtag. So plötzlich wie die Debatte in die Medien gespült worden ist, so schnell ist sie auch wieder verschwunden. Beigetragen hat dazu auch Innenminister Reul. Durch sein klares Bekenntnis zur Polizei, deren Einsatz er im Detail im Landtag dargestellt und gerechtfertigt hat. Verbunden mit der Zusage, dass die Fehler, die es im Einsatzgeschehen auch gegeben hat, aufgearbeitet werden. Damit war beim Angriff der Opposition die Luft raus.

Ob die Parteien beim Versammlungsgesetz noch zueinander finden, wird sich trotzdem erst nach der Sommerpause des Landtags zeigen. Vermutlich sogar erst nach der Bundestagswahl. Doch dann müssten zumindest Reul und der SPD-Vorsitzende Thomas Kutschaty miteinander reden. Sonst sind wir schon wieder mitten im Landtagswahlkampf.

Michael Mertens,
Landesvorsitzender der GdP

den Kritikern behauptet, führt das neue Versammlungsgesetz nicht zu einer Einschränkung der Demonstrationsfreiheit, sondern es setzt in großen Teilen vor allem die aktuelle Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts um. Auch die Grundstruktur des Versammlungsrechts, das bislang durch ein Bundesgesetz geregelt ist, wird beibehalten. Neu sind dagegen die Weiterentwicklung des heute bereits bestehenden Uniformverbots zu einem Militanzverbot und der Schutz bestimmter, besonders schützenswerter Orte und Tage.

Für die GdP ist das neue Militanzverbot die Umsetzung einer seit Langem von ihr geltend gemachten Forderung, der Polizei endlich klare Instrumente zur Verfügung zu stellen, mit der sie entschieden gegen die Aufmärsche rechtsextremer Gruppen vorgehen kann. Andere – auch andere Gewerkschaften – befürch-

ten dagegen, dass einzelne Berufsgruppen Gefahr laufen, unter das Militanzverbot zu fallen, wenn sie in der gleichen Kleidung auf die Straße gehen. Das Gesetz gibt für diese Befürchtung allerdings keinen Anhaltspunkt, weil neben einer gleichartigen Kleidung stets das Element hinzukommen muss, dass von den gleich gekleideten Demonstrationsteilnehmern eine offene Gewaltbereitschaft zur Schau gestellt wird und dass das Uniformtragen einschüchternd wirken soll. In der Begründung zum Gesetzentwurf heißt es: „Anknüpfungspunkt für eine Verbotserfügung ist nicht das äußerlich gleichförmige Auftreten durch eine Uniform, denn dieses kann (...) harmlos sein, etwa bei Versammlungen von Berufsträgern mit Berufskleidung wie Ärzten und Krankenschwestern“. Voraussetzung ist vielmehr die durch die Gewaltbereitschaft erzielte Einschüchterungswirkung. Betroffen davon wären neonazistische Gruppierungen, aber auch der „Schwarze Block“ linksradikaler Gruppierungen.

Auf Kritik in der Öffentlichkeit ist zudem der Plan der Landesregierung gestoßen, dass bei der bereits jetzt bestehenden Anzeigepflicht für Großdemonstrationen (spätestens 48 Stunden vorher) Samstage, Sonn- und Feiertage in Zukunft keine Berücksichtigung mehr finden

sollen. Die GdP teilt diese Kritik nicht: Gerade bei Großdemonstrationen ist es oft schwierig, kurzfristig genügend Polizistinnen und Polizisten zu finden, die die Demonstration nicht nur begleiten, sondern auch schützen können. Denn darum geht es vor allem bei der Begleitung von Demonstrationen durch die Polizei.

Nachbesserungsbedarf sieht die GdP allerdings bei den Ausschlussstatbeständen. Es reicht nicht, lediglich auf eine Verwirkung gem. Art. 18 GG hinzuweisen. Probleme sieht die GdP des Weiteren darin, dass der Begriff der „rechtzeitigen“ Kooperation mit den Behörden und die Bestimmungen zur Person des Versammlungsleiters zu unbestimmt sind. Das gilt auch für den Ausschluss von Ordnungsstörungen durch die Versammlungsleitung.

Kritikwürdig ist zudem, dass sich der Gesetzgeber bereits 2006 durch die Föderalismusreform von der Idee eines einheitlichen, bundesweit geltenden Versammlungsgesetzes verabschiedet hat. Das kann bei Großdemonstrationen mit hohem Konfliktpotenzial, bei denen regelmäßig Unterstützungskräfte aus anderen Bundesländern eingesetzt sind, zu Fehlentscheidungen führen. Auch aus Sicht der Demonstranten wäre ein einheitliches Versammlungsrecht besser. ■





Fachoberschule Polizei – neuer schulischer Bildungsgang bietet neue Perspektiven

Für 300 junge Leute startet im Schuljahr 2022/2023 in NRW der landesweite Schulversuch Fachoberschule Polizei (FOS Polizei). Für junge Menschen mit einem mittleren Schulabschluss bietet der neue Schulabschluss eine zusätzliche Möglichkeit, zur Polizei zu kommen. Denn ein erfolgreicher Abschluss des Bildungsgangs öffnet automatisch den Zugang zum Studium für den Polizeivollzugsdienst an der Hochschule für Polizei und Verwaltung (HSPV).

Angeboten wird der neue Bildungsgang an elf Standorten in NRW. Der Schulversuch zielt darauf ab, interessierte junge Leute für den Polizeiberuf zu begeistern. Damit die Teilnehmerinnen und Teilnehmer gezielt auf das spätere Studium für den gehobenen Polizeidienst vorbereitet werden, arbeiten in dem zweijährigen Bildungsgang die beteiligten Berufskol-

legs und die Polizeibehörden vor Ort eng zusammen. Im ersten Jahr ist ein umfassendes Praktikum in einer der beteiligten Polizeibehörden vorgesehen. Das zweite Jahr besteht ausschließlich aus Unterricht am Berufskolleg, mit dem die Schülerinnen und Schüler die Fachhochschulreife erwerben sollen. Zu den Lehrinhalten gehören auch polizeinahe Themen.

Das Interesse an dem neuen Bildungsgang ist sehr groß. Seit Juni haben sich landesweit bereits über 3.000 junge Leute auf die 300 Plätze beworben. Die GdP sieht den neuen Bildungsgang grundsätzlich positiv. Er eröffnet eine zusätzliche Möglichkeit, um jungen Menschen mit einem mittleren Schulabschluss eine konkrete Perspektive zu bieten, zur Polizei zu kommen. Gerade auch mit Blick auf die guten Erfahrungen in Rheinland-Pfalz, wo der Bildungsgang Polizeidienst bereits seit längerer Zeit mit großem Erfolg läuft. Damit aus dem neuen schulischen Bildungsweg auch in NRW ein Erfolgsmodell wird, ist es allerdings wichtig, dass die beteiligten Behörden mit dem benötigten zusätzlichen Personal und den erforderlichen Ressourcen ausgestattet werden. Ein Konzept dafür ist das Innenministerium bislang schuldig geblieben. Zudem wird die GdP ein wachsendes Auge darauf haben, dass durch den neuen Bildungsgang nicht an der zweigeteilten Laufbahn gerüttelt wird. Eine Wiedereinführung der dreigeteilten Laufbahn durch die Hintertür ist mit der GdP nicht zu machen. ■

Tempolimit auf Autobahnen brächte 80 Verkehrstote weniger

Die deutschen Autobahnen gehören mit zu den sichersten Straßen in ganz Europa, trotzdem sterben hier jedes Jahr 400 Menschen. Mehr als 5.000 Verkehrsteilnehmer werden zudem schwer verletzt. Verkehrsexperten sind sich einig, dass das auch an der fehlenden Höchstgeschwindigkeit auf den Autobahnen liegt. Würde die jetzt schon geltende Richtgeschwindigkeit von 130 km/h zur Höchstgeschwindigkeit, wären auf den deutschen Autobahnen Jahr

für Jahr 80 Todesopfer weniger zu beklagen.

Schon seit Langem wirbt die GdP deshalb dafür, dass auch in Deutschland eine Höchstgeschwindigkeit auf Autobahnen eingeführt wird, so wie es sie längst in allen anderen europäischen Ländern gibt.

Mitte Juni hat sich Landesvorsitzender Michael Mertens auf einer gemeinsamen Pressekonferenz der GdP NRW mit

mehreren Umwelt- und Verkehrsverbänden in Berlin noch einmal dafür starkgemacht, dass sich endlich auch die Politik dieser Forderung gegenüber öffnet. „Wer die Zahl der schwerverletzten und getöteten Verkehrsunfallopfer senken will, kommt an einem Tempolimit auf der Autobahn nicht vorbei“, sagte Mertens auf der Pressekonferenz, über die bundesweit berichtet worden ist. Viele Autofahrer würden sich schlicht überfordert füh-



len, wenn sie von extrem schnell fahrenden Fahrzeugen bedrängt werden. Das zeigen auch die aktuellen Unfallzahlen für das vergangene Jahr: Zwar ist 2020 coronabedingt die Zahl der Verkehrstoten auf den Autobahnen auf 317 gesunken, 227 davon waren aber auf Strecken ohne Geschwindigkeitsbegrenzung zu beklagen.

Mertens erinnerte auf der Pressekonferenz zudem daran, dass ein Tempolimit auch die Arbeit der Polizistinnen und Polizisten, die jeden Tag gefährli-

che Gegenstände von der Autobahn holen und Unfallstellen absichern müssen, erheblich sicherer machen würde. „Gerade für Polizei- und Rettungskräfte, aber auch für andere, die auf der Autobahn arbeiten müssen, sind Geschwindigkeiten über 130 km/h lebensgefährlich“, sagte er.

Aus Sicht der GdP ist zudem eine Reduzierung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit innerhalb geschlossener Ortschaften sowie auf Landstraßen sinnvoll. In ihrem bereits vor zehn Jah-

ren beschlossenen Verkehrspolitischen Programm fordert die GdP innerorts eine Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h. Dadurch würden schwächere Verkehrsteilnehmer wie Fußgänger und Radfahrer besser geschützt. Überall dort, wo ein schnelleres Fahren möglich ist, soll das ausgeschildert werden. Für die Landstraße fordert die GdP in ihrem im Februar dieses Jahres aktualisierten Verkehrspolitischen Programm ein an die Situation angepasstes Tempolimit zwischen 80 und 90 km/h. ■

Verkehrsunfallaufnahme in NRW vor einem Quantensprung

Mehr als eine halbe Millionen Verkehrsunfälle gab es im vergangenen Jahr in NRW. 12 110 Menschen wurden dabei schwer verletzt, 430 kamen ums Leben. Trotz der immer besser werdenden Sicherheitstechnik in den Autos. Wie es zu den schweren Verkehrsunfällen gekommen ist, lässt sich angesichts der fortschreitenden Digitalisierung der Fahrzeuge dennoch mit herkömmlichen Instrumenten immer weniger rekonstruieren. Die Verkehrsunfallaufnahme soll deshalb in NRW in den kommenden Jahren nachhaltig modernisiert werden.

3-D-Laser-Scannern und Laser-Entfernungsmessern.

Um die VU-Teams zielgerichtet einsetzen zu können, werden die Teams nicht in die Sachbearbeitung des Verkehrsdienstes integriert, sondern als Operative Einheit geführt. In den Paragraph-4-Behörden geschieht das als eigene Operative Einheit, in den übrigen Behörden mit einer geringeren Zahl an schweren Verkehrsunfällen mit einem hohen Anteil an eigener operativer Arbeit.

Die GdP hat die Aufstellung der neuen VU-Teams ausdrücklich begrüßt. Sie drängt schon seit Längerem darauf, dass die Direktion V angesichts der zunehmenden Digitalisierung des Verkehrssektors stärker professionalisiert wird. Neben dem Einsatz moderner Technik und einem modernen, zeitgemäßen Schulungs- und Fortbildungskonzept ist dazu auch eine bessere personelle Ausstattung erforderlich. Die bislang vom Innenministerium dafür vorgesehenen Stellen reichen nach Einschätzung der GdP nicht aus, um den zusätzlichen Bedarf zu decken. Wie das Problem gelöst werden kann, hängt vor dem Hintergrund der massiven Personalengpässe in anderen Direktionen auch von der Weiterentwicklung der Einstellungszahlen in NRW ab. Die GdP dringt zudem darauf, dass für die in den VU-Teams eingesetzten Spezialisten klare Arbeitszeitregelungen getroffen werden. Und dass auch in den VU-Teams Fachkarrieren möglich sind. ■



Bis Ende 2023 werden dazu flächendeckend in ganz NRW 17 Verkehrsunfallaufnahme-Teams (VU-Teams) aufgebaut, die behördenübergreifend schwere Verkehrsunfälle aufnehmen sollen. Dadurch sollen auch Erkenntnisse gewonnen werden, wie sich ähnliche Unfälle in Zukunft verhindern lassen. Die VU-Teams sollen dazu mit modernster IT-Technik ausgestattet werden. Geplant sind neben einer entsprechenden Hard- und Softwareausstattung unter anderem eine Standardausrüstung mit Drohnen,



Gelungene Premiere: Junge Gruppe hat Serie der Hybridkonferenzen erfolgreich gestartet

Nach mehr als einem Jahr mit reinen Online-Konferenzen konnte der Landesbezirk NRW mit der Landesjugendkonferenz am 1. Juli in Gladbeck zum ersten Mal wieder eine Tagung als Präsenzveranstaltung durchführen. Mit großem Erfolg! Denn auf der Landesjugendkonferenz wurde nicht nur der Vorstand der Jungen Gruppe für die nächsten vier Jahre gewählt, sondern die Vertreterinnen und Vertreter der Jungen Gruppe in der GdP haben auch mehr als 30 Anträge zu den künftigen Arbeitsschwerpunkten beraten.

Möglich geworden war das Präsenzformat, weil die Landesjugendkonferenz als Hybridveranstaltung organisiert war: Statt der sonst üblichen rund 100 Teilnehmer waren in Gladbeck lediglich knapp 30 Beteiligte vor Ort. Neben den Mitgliedern des Landesjugendvorstands waren das die beiden GVS-Mitglieder Michael Maatz und Lorenz Rojahn sowie ein kleines Orgateam der Geschäftsstelle. Alle anderen Teilnehmer, darunter der Großteil der Delegierten und der GdP-Landesvorsitzende Michael Mertens, waren online zugeschaltet. Ein Vorbild, das

Schule machen wird: Auch die beiden anderen, noch ausstehenden Personengruppenkonferenzen der GdP, die Landesseniorenkonferenz (19. August) und die Landesfrauenkonferenz (25. August), werden in Hybridform stattfinden.

Geschichte geschrieben hat die Junge Gruppe auch bei den Wahlen: Mit Lina Marie Neuberg (25) haben die Vertreter des GdP-Nachwuchses bereits zum zweiten Mal in Folge eine Frau an ihre Spitze gewählt. Sie folgt Maike Neumann, die vor vier Jahren als erste Frau überhaupt an die Spitze der Jungen Gruppe in NRW

gewählt worden war. Dem neuen Landesjugendvorstand der GdP gehören zudem Andreas Burghof (stellvertretender Vorsitzender), Joshua Tröder (Schriftführer), Julian Kleinert (stellvertretender Schriftführer), Maren Nölle (KassiererIn), Pierre Weingarten (stellvertretender Kassierer), Sebastian Held und Eva Ring (beide als Beisitzer) an.

Zu den mehr als 30 Anträgen, die auf der Konferenz beraten worden sind, gehören unter anderem die Forderung nach Ausstattung mit einem eigenen Smartphone für alle Polizistinnen und Polizisten, nach Einführung eines voll subventionierten Jobrads, nach Seminaren zum Umgang mit den sozialen Medien und nach Repetitorien an der HSPV, mit denen der Wissensverlust durch den Ausfall von Lehrveranstaltungen während der Corona-Krise kompensiert werden soll.

Abgelehnt wurden von den Delegierten lediglich zwei Anträge, darunter ein Antrag zur Ausstattung der operativen Kräfte mit einem dritten Magazin für die Polizeipistole. Dadurch sollten die Kolleginnen und Kollegen sich besser bei Amok- und Geisellagen schützen können. Die Mehrheit der Delegierten teilte zwar das Ziel, hat aber ein drittes Magazin dafür als untaugliches Mittel angesehen. ■

Lienenkämper lässt die Fahrer bluten

Auch bei der Polizei hat die Corona-Pandemie bei einzelnen Beschäftigten zu massiven Einkommensverlusten geführt. Hart getroffen hat es vor allem die rund 100 Fahrer, die die Behördenleiter und Führungskräfte des Innenministeriums zu ihren Terminen befördern. Weil in den vergangenen Monaten viele Dienstfahrten coronabedingt ausgefallen sind, kommen die Fahrer nicht mehr auf die erforderliche Stundenzahl für das Pauschalentgelt. Ihnen drohen deshalb Einkommensverluste von rund 600 Euro im Monat.

Um das zu verhindern, hatte Innenminister Herbert Reul (CDU) bereits Ende April

eine Initiative der GdP aufgegriffen und hatte seinen Ministerkollegen und Parteifreund Lutz Lienenkämper (CDU) gebeten, das Pauschalentgelt während der Corona-Pandemie ungekürzt fortzuzahlen. Eine entsprechende Regelung gibt es bereits für den Bund.

Trotz mehrfacher Bitte von Reul ist der Finanzminister aber bis zum Redaktionsschluss dieser Ausgabe stur geblieben. Der Bild-Zeitung sagte Lienenkämper, für die Fahrer gebe es einen eigenen Tarifvertrag. An diese Vorgaben würde sich das Land halten. Warum in Corona-Zeiten keine Abwei-

chung zugunsten der Fahrer möglich ist, erklärte er nicht.

Für die GdP ist das ein Skandal. „Das ausgerechnet eine Beschäftigtengruppe, die ohnehin nicht zu den gut bezahlten Kräften bei der Polizei gehört, durch die Corona-Pandemie harte Einkommenseinschnitte hinnehmen muss, ist nicht in Ordnung“, sagte die stellvertretende GdP-Landesvorsitzende Jutta Jakobs gegenüber den Medien. „Auch in Corona-Zeiten muss es gerecht zugehen.“

Für die Cheffahrer des Finanzministers gelten die Abschläge übrigens nicht. ■



GdP befürwortet Helmpflicht für E-Scooter

Zwei Jahre nach dem plötzlichen Auftauchen von E-Scootern in praktisch jeder Großstadt erweisen sich die neuen batteriegetriebenen Kleinstfahrzeuge immer mehr als das, was sie eigentlich von Anfang an schon immer waren: als ein großer Freizeitspaß mit hohem Hipp-Faktor. Und nicht, wie von der Politik zunächst behauptet, als wichtiger Bestandteil der Verkehrswende, mit dem die letzte Meile zwischen der Zug- oder U-Bahnhaltestelle und dem eigentlichen Zielort geschlossen werden kann. Vor allem aber sind die E-Scooter immer häufiger in schwere Verkehrsunfälle verwickelt. Oft verbunden mit schwersten Schädelverletzungen für die Fahrer. Alleine in NRW gab es im Quartal dieses Jahres 102 Verkehrsunfälle mit E-Scootern. 17 Prozent mehr als im Vorjahr.

Für die GdP ist der sprunghafte Anstieg der E-Scooter-Unfälle eine Entwicklung mit Ansage. Verantwortlich für die Unfälle sind nicht

nur die fehlende Infrastruktur in den Städten, die die Scooter-Fahrer oft in gefährliche Situationen bringt, weil sie sich den viel zu engen Straßenraum mit den wesentlich schnelleren Autos teilen müssen, sondern auch die große Instabilität der Roller. Hinzu kommt, dass die E-Scooter oft auf den Ausgeh- und Eventmeilen genutzt werden. Alkohol oder das Fahren zu zweit auf den Rollern mit den kleinen Rädern spielen dabei häufig eine große Rolle.

Die GdP hatte sich deshalb bereits frühzeitig dafür ausgesprochen, die E-Scooter häufiger zu kontrollieren, insbesondere auf den Partymeilen wie der Düsseldorfer Altstadt oder den Kölner Ringen. Und sie hat dafür geworben, dass für sie eine Helmpflicht eingeführt wird.

Jetzt sind die sprunghaft gestiegenen Scooter-Unfälle auch ein Medienthema. In einem auch bundesweit beachteten Artikel in der Neue Rhein/Neue Ruhrzeitung (NRZ) hat

te GdP-Landesvorsitzender Michael Mertens diese Forderung Anfang Juli noch einmal erneuert. Die E-Scooter haben sich nicht zu einem alternativen Transportmittel entwickelt, sondern zu einem „Spaßfaktor in den Großstädten“, sagte Mertens. Wegen der großen Sturzgefahr und der häufig damit verbundenen Schädelverletzungen müsste sich die Politik ernsthaft mit der Forderung nach einer Helmpflicht auseinandersetzen, forderte er.

Auch Innenminister Reul sieht hier Handlungsbedarf, allerdings vor allem bei den Fahrern. „Die E-Scooter sind keine Spielzeuge“, sondern „nehmen am Straßenverkehr teil“. Und das „ziemlich flott – ohne einen Millimeter Knautschzone“, sagte Reul gegenüber der NRZ. Deshalb appelliere er an die Fahrer. Andere Verkehrsexperten fordern dagegen stärkere Eingriffe des Staates. Der ADAC hält sogar ein Fahrverbot in den Innenstädten ab 23 oder 24Uhr für sinnvoll. ■



Die GdP gratuliert

90. Geburtstag

- 6.8. Dieter Weigang, Köln
- 7.8. Günter Meyer, Münster
- 17.8. Erika Meyer, Iserlohn
- 19.8. Dora Röseler, Senden
- 21.8. Waltraud Kirchhof, Essen
- 23.8. Hans Joachim Melms, Solingen

91. Geburtstag

- 6.8. Gisela Heine, Köln
- 10.8. Hans Heinrich Meyer, Linnich

- 12.8. Heinz Poschmann, Kamen
- 30.8. Roland Semler, Düren
- 31.8. Walter Krause, Alfter
Helga Kunst, Alpen

92. Geburtstag

- 4.8. Ursel Lapsien, Düsseldorf
- 16.8. Gertrud Anderßon, Hamm
- 28.8. Ursula Gedig, Dortmund

93. Geburtstag

- 4.8. Horst Schattenberg, Simmerath
- 5.8. Stephan Hübertz, Köln

- 7.8. Alfred Gerigk, Mettmann
- 15.8. Ferdinand Schüler, Gelsenkirchen
- 29.8. Georg Kauer, Xanten

94. Geburtstag

- 1.8. Hilde Quarz, Eitorf
- 8.8. Wilfried Wiechert, Meckenheim
- 11.8. Katharina Gorski, Bergisch Gladbach

97. Geburtstag

- 2.8. Ingeborg Büttgenbach, Düsseldorf
- 10.8. Lieselotte Keim, Gladbeck

99. Geburtstag

- 6.8. Hans Quack, Wegberg
- 25.8. Magdalena Droll, Paderborn

Der Geschäftsführende Landesbezirksvorstand der GdP wünscht allen Jubilaren alles Gute und recht viel Gesundheit.

DP – Deutsche Polizei
Nordrhein-Westfalen

Geschäftsstelle
Gudastraße 5–7, 40625 Düsseldorf
Telefon (0211) 29101-0
Telefax (0211) 29101-46
www.gdp-nrw.de
info@gdp-nrw.de

Redaktion
Stephan Hegger (V.i.S.d.P.)
Uschi Barrenberg
Telefon (0211) 29101-32
stephan.hegger@gdp-nrw.de

ISSN 0170-6462

Adressänderung:
mitgliederverwaltung@gdp-nrw.de

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe ist der 3. August.

Der GdP Reiseservice -
DAS Reisebüro für GdP-Mitglieder
und deren Angehörige,
denn hier zahlt sich

Ihre Mitgliedschaft für Sie aus!

Ob Nah- oder Fernreise, Kreuzfahrt,
Hotel oder Ferienhaus, Mietwagen
oder Wohnmobil - rufen Sie uns an.



Unsere Hotline:

0211/29101 - 60

www.gdp-reiseservice.de

pinguin@gdp-reiseservice.de

Gudastraße 9 40625 Düsseldorf



Glücksnummern des Monats

Die Gewinner im August erhalten
einen GdP-Service Gutschein
im Wert von 35 Euro.

45 19472, Wesel
45 33989, Märkischer Kreis
45 23722, Essen/Mülheim

Seminare starten wieder in Präsenz

Nach den Sommerferien geht es endlich wieder los und die GdP-Seminare finden wieder in Präsenzform statt. Natürlich steht nach wie vor die Sicherheit aller Teilnehmerinnen und Teilnehmer an erster Stelle und die Veranstaltungen finden unter strenger Einhaltung der aktuellen Hygienevorschriften statt.

Viele interessante Themen stehen jetzt zur Auswahl: In „Brennpunkt Kriminalität“ (8./9. November) werden aktuelle Themen aus dem K-Bereich vorgestellt. Im Seminar „Kommuni-

nikation auf Augenhöhe“ (14./15. September) erlernen Frauen, ihre rhetorische Wirkung zu steigern und sicherer im Berufsleben aufzutreten. Die Strategien von Rechtsextremismus und Rechtspopulismus zu erkennen und richtig damit umzugehen ist Schwerpunkt in dem Kooperationsseminar „Rechtsextremismus und Rechtspopulismus“ mit dem Geschichts-ort Villa ten Hompel in Münster (23./24. November). Natürlich bietet das Bildungsprogramm der GdP darüber hinaus eine Vielzahl an wei-

teren interessanten Themen wie Eingruppierungsseminare, das Jugendforum oder Aktuelle Entwicklungen im Beamtenrecht an. Fortgesetzt wird zudem die im Frühjahr erfolgreich gestartete Reihe „Bildung digital“ mit ihren Online-Seminaren und Online-Kursen. ■

Infos und Anmeldung:



gdp-nrw.de
bildung@gdp-nrw.de

GdP aktiv

19.08., Landesseniorenkonferenz, Hotel van der Valk, Gladbeck (Hybridveranstaltung)

25.08., Landesfrauenkonferenz, Hotel van der Valk, Gladbeck (Hybridveranstaltung)

07.09., Nachträgliche Jubiläumsfeier der Kreisgruppe Dortmund für alle Jubilare 2020, 16 Uhr, Restaurant der Kleingartenanlage „Im Justenkamp“, Nortkirchenstr. 22, Dortmund. Die Einladung erfolgt per Post.

16.09., Jubiläumsfeier der Kreisgruppe Dortmund für alle Jubilare 2020, 16 Uhr, Restaurant der Kleingartenanlage „Im Justenkamp“, Nortkirchenstr. 22, Dortmund. Die Einladung erfolgt per Post.

Anzeige

Marianne Funke GmbH & Co. KG

May-Eyth-Straße 47
46149 Oberhausen
Tel. 02 08 / 74 04 99 39
Fax 02 08 / 59 88 68

Senioren aktuell

Kaum eine Mitgliedergruppe hat unter den pandemiebedingten Einschränkungen so gelitten wie die Senioren. Die aktiv gepflegte Kultur regelmäßiger Treffen und des engen sozialen Zusammenhalts konnte in Corona-Zeiten nicht aufrechterhalten werden. Umso schöner ist es, dass mit der Lockerung der Corona-Einschränkungen jetzt vieles wieder möglich ist und in vielen Kreisgruppen vor Ort die regelmäßigen Seniorentreffen und Ausflüge wieder starten.

Alle regelmäßigen Seniorentermine sehen wie gewohnt auf der Homepage des Landesbezirks (unter: Aktuelles/Termine).

Größere Veranstaltungen wie Ausflüge und Jahreshauptversammlungen werden auch in der DP angekündigt.

Kreisgruppe Duisburg

22. September, 14 Uhr, Mitgliederversammlung mit Wahl des Seniorenvorstands, Polizeisportverein Duisburg, Futterstraße 12, Duisburg.

Kreisgruppe Düren

14. September, 15 Uhr, Mitgliederversammlung mit Wahl des Seniorenvorstands, Hotel Rotes Einhorn, Monschauer Landstraße 152, Düren.

Nachrufe

Dieter Behlau	10.08.1940	Bochum	Ulrich Rockenbach	16.12.1968	Innenministerium NW
Rolf Westenburger	14.04.1927	Bochum	Paul Wackers	05.07.1940	Kleve
August Paus	05.08.1943	Borken	Werner Krause	24.03.1947	Köln
Werner Bicks	19.07.1942	Coesfeld	Michael Lenders	30.05.1960	LKA
Hartmut Hilger	18.07.1938	Dortmund	Renate Brede	31.08.1929	Mettmann
Herta Lütz	05.05.1925	Düsseldorf	Edgar Loetschert	22.10.1941	Münster
Michael Rohrer	21.05.1957	Düsseldorf	Egon Wolin	12.08.1951	Neuss
Ulrich Drees	21.09.1952	Ennepe-Ruhr	Ralf Gorges	07.11.1959	Oberhausen
Rudolf Kandler	28.04.1937	Ennepe-Ruhr	Günter Sparenberg	09.06.1940	Steinfurt
Ursula Dudek	27.04.1947	Essen/Mülheim	Hans Szukalla	23.10.1944	Steinfurt
Gerhard Barzel	01.07.1933	Gelsenkirchen	Maria Grünlings	21.06.1924	Viersen
Ernst Olschewski	29.07.1953	Gelsenkirchen			